

CDU- Fraktion- Gruppe im Samtgemeinderat Lüchow (Wendland)

**Klein Gaddau 13
29496 Waddeweitz
den 25.3.2024**

Erweiterungsantrag zum Antrag der Bündnis 90/Grünen und HMM in der Sitzung des Rates der Samtgemeinde Lüchow Wendland

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellen wir die CDU-Fraktionsgruppe einen Ergänzungs- bzw. Erweiterungsantrag zum Antrag der Bündnis 90/Grünen und HMM

Der Samtgemeinderat möge folgendes beschließen:

„Die Samtgemeinde Lüchow (Wendland) steht für eine starke pluralistische und tolerante sowie gewaltfreie Zivilgesellschaft. In dieser ist für völkisch-rassistisches Gedankengut und andere Demokratie feindliche Bewegungen egal welchen Ursprungs oder welcher politische Ausrichtung kein Platz. Der Samtgemeinderat schließt sich der Berliner Erklärung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in der Fassung vom 24.01.2024 an und macht damit deutlich, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Grundgesetzes Leitlinie seines Tuns ist. Sie ist zugleich die Grundlage für das Zusammenleben in unseren Städten und Dörfern. Unsere Samtgemeinde lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Vereinen, Verbänden und Initiativen. Dieses Engagement lebt auch in unserer Region von Vielfalt und Toleranz. Wir unterstützen Anstrengungen, Rassismus und Intoleranz keinen Platz in Vereinen, Verbänden, Initiativen und der Öffentlichkeit zu überlassen.

Da die Holzkreuze mit der Aufschrift „Kreuz ohne Haken — für Vielfalt“ an der Erklärung allerdings einseitig vorbei gehen, da sie sich lediglich gegen Rechtsextremis beziehen und damit die Gefahr besteht, die Neutralitätspflicht der Exekutive zu verletzen, wird auf das Aufstellen sowohl im und am Rathaus der Samtgemeinde Lüchow und aller Einrichtungen verzichtet“.

Begründung:

Zweifelsfrei stehen wir alle geschlossen gegen völkisch-rassistischem Gedankengut und anderer demokratiefeindlicher Bewegungen egal welchen Ursprungs oder welcher politischen Ausrichtung auch immer.

Mit dem in Rede stehenden Antrag der Bündnis 90/Grünen und HMM wird allerdings ausgeblendet, dass es nicht nur rechtsextremistische Gefahren sind, gegen die man aufstehen muss, sondern auch linksextremistische Gefahren gibt. Uns gehen daher die Kreuze als Zeichen nicht weit genug.

Vergessen ist nicht der Deutsche Herbst 1977, in dem die RAF den deutschen Staat in Geiselhaft nehmen wollte. Nicht vergessen dürfen wir den 30.11.1989 an dem der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen ermordet wurde. Ebenso wenig darf der 01.04.1991

vergessen werden, an dem der damalige Treuhandchef Detlef Karsten Rohwedder Opfer eines linksterroristischen Mordes der RAF wurde.

Welch Aktualität dies im Augenblick hat, können wir aus der Presse entnehmen. Nach über 30 Jahren gibt es doch Fahndungserfolge, indem Mitglieder der III. Generation der linksextremistischen RAF, die hiermit in Zusammenhang gebracht werden, verhaftet werden konnten.

Bundesweit ist weiterhin ein hohes Radikalisierungsniveau in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene erkennbar. Die Entwicklung verläuft dabei in den einzelnen Bundesländern nicht einheitlich. Weiterhin hoch ist das Radikalisierungsniveau in den Schwerpunktregionen Leipzig, Berlin und Hamburg. Auch in Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein kleiner Teil der gewaltorientierten linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert. Linksextremistische Taten werden gewalttätiger, persönlicher und professioneller. Der Schritt zur Tötung eines politischen Gegners beabsichtigt oder lediglich in Kauf genommene Nebenfolge ist nicht mehr völlig undenkbar.

Lassen Sie uns alle daher gemeinsam auch gegen linksextremistische Bewegungen ein Zeichen setzen, indem wir die Erklärung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes unterstützen.

Das Zeichen der „Kreuze ohne Haken“ ist ein erster in die richtige Richtung, würde aber aus unserer Sicht die Neutralitätspflicht der Exekutive verletzen, da sie nicht alle extremistischen Strömungen umfasst. Es handelt sich um politische Zeichen die aus einer privaten Initiative entstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Socha

Fraktionsvorsitzender CDU Fraktion- Gruppe